

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 5

Ausgegeben am 31. Oktober 1919

38. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Weg mit der Illusionspolitik!

Von Heinrich Cunow

Revolutionäre, eine Umgestaltung der Staats- und Gesellschaftsordnung anstrebende Parteien haben zu allen Zeiten eine große Neigung zu utopistischen Zukunftskonstruktionen und illusionären Selbsttäuschungen über die Bedingungen ihrer Existenz, ihres Fortschritts und ihres Sieges gehabt. Erfüllt von ihrem Ideal, verkannten sie fast stets die seiner Verwirklichung entgegenstehenden Widerstände und Hemmnisse, unterschätzten die Entwicklungsmöglichkeiten und beurteilten diese nach den die Herzen ihrer ungeduldigen Anhänger bewegenden Wünschen und Hoffnungen. Die Parteilengeschichte aller Staaten, der antiken wie der mittelalterlichen, der neueren wie der neuesten, bietet dafür zahlreiche Beispiele. Historisch betrachtet ist es deshalb durchaus natürlich, daß der Weg des Sozialismus mit den schönsten Hoffnungen und Illusionen gepflastert ist, aus der Zeit seiner ersten utopistischen Entwicklungsperiode mit ihren phantastischen Reise- und Staatsromanen bis in die neueste Gegenwart, bedeutet doch die Verwirklichung der sozialistischen Wirtschaftsforderungen eine weit gewaltigere Umwälzung der Gesellschaftsordnung als beispielsweise die Entstehung der alten Stadtwirtschaft neben der Lehn- und Fronhofswirtschaft oder der Übergang dieser Stadtwirtschaft in das Manufaktur- und moderne Fabrikssystem. Der heutige Sozialismus bezeichnet sich, besonders soweit er marxistisch orientiert ist, zwar gerne gegenüber dem Sozialismus der Vairasse, Fourier und Cabet als rein »wissenschaftlich«, doch steckt ihm das Erbteil des Utopismus noch in allen Gliedern.

Vor allem trat im deutschen Sozialismus während der letzten beiden Jahrzehnte vor dem Weltkrieg, nach dem Tode von Friedrich Engels, wieder ein starker utopistischer Einschlag hervor, begünstigt durch den aufkommenden Vulgärmarxismus und seine Neigung, die jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Tagesströmungen nicht in ihrer historischen Bedingtheit als Momenterscheinungen im geschichtlichen Entwicklungslauf *sub specie aeternitatis* zu betrachten, sondern sie als Grund- und Bausteine einer in den Dienst jeweiliger Parteirichtungen gestellten Eintagstheoretik zu verwerfen. Soweit man überhaupt den Marxschen Satz, daß eine Gesellschaftsformation nie untergeht, bevor nicht »alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weis genug ist«, als richtig anerkannte, schloß man einfach aus der rapiden Kapital- und Betriebskonzentration bestimmter Wirtschaftszweige oder aus einzelnen Krisenerscheinungen, das kapitalistische System hätte sich bereits völlig »abgewirtschaftet«. Es wäre längst reif für seine Ablösung durch die sozialistische Wirtschaftsordnung, und wenn es noch immer existiere, verdanke es dies nur seiner künstlichen

Aufrechterhaltung durch die politische Gewalt. Würde diese gebrochen, so versänke damit auch die kapitalistische Wirtschaftsweise: der große Wirtschaftskladderadassch träte ein.

Vielfach gründete dieser Glaube an den demnächstigen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems sich sogar überhaupt nicht auf eine Betrachtung wirtschaftlicher Verhältnisse, sondern allein darauf, daß bald hier, bald dort aus Bourgeoisreisen Moralskandale in die Öffentlichkeit drangen. Die Tatsache, daß ein Teil dieser Kreise moralisch angefault war, erschien manchem schon als genügender Beweis dafür, daß auch die kapitalistische Wirtschaftsweise nicht nur angefault, sondern bereits verfault sei — und es demnach nur eines politischen Anstoßes bedürfte, um den Kapitalismus zu zertrümmern und »am Tage nach der Revolution« aus den Trümmern den Sozialismus hervorgehen zu lassen.

Es ist nur allzu begreiflich, daß, als der Weltkrieg ausbrach, aus dieser utopistischen Illusion heraus nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern auch in den Köpfen vulgärmarxistischer Theoretiker der Gedanke aufschloß, nun sei das Ende des Kapitalismus gekommen. Schon nach einigen Monaten, mindestens aber nach einem halben oder ganzen Jahre würde das kapitalistische Wirtschaftssystem Deutschlands, Österreich-Ungarns, Frankreichs und Rußlands in einem Weltkrach zusammengebrochen sein, und aus der chaotischen Götter- oder Götzendämmerung des Kapitalismus werde sich dann die sozialistische Wirtschaftsordnung erheben. Die Frage, ob, falls tatsächlich der Kapitalismus unter dem gewaltigen Kriegsdruck irgendwo zusammenbrechen sollte, solcher Zusammensturz nicht auch die materiellen Elemente des sozialistischen Neuaufbaus unter sich begraben und damit diesem die nötigen Baumaterialien entziehen würde, so daß der schließliche Erfolg nicht der alsbaldige sozialistische Neuaufbau des Wirtschaftslebens, sondern vielmehr die Erschwerung oder Verhinderung solchen Aufbaus sein werde — diese sehr naheliegende Frage wurde gar nicht gestellt. Daß als Folge des Zusammenbruchs nur ein sozialistisches System möglich und dieses infolge der ihm innewohnenden Kraft befähigt sei, auch aus einem wirtschaftlichen Trümmerhaufen alsbald ein neues blühendes Wirtschaftsleben erstehen zu lassen, wurde fast als Dogma betrachtet, an dem zu zweifeln von naiver Befangenheit in kapitalistischen Wirtschaftsvorstellungen zeuge.

Für manchen galt es sogar ohne weiteres als sicher, daß ein solcher Skeptiker entweder ein Idiot oder von der Bourgeoisie gekauft sein müsse. Ich kann persönlich ein niedliches Lied von solchen Verdächtigungen singen. Als ich 1914/15 in mehreren Artikeln und bald darauf in meiner Broschüre »Partei-Zusammenbruch?« die Ansicht vertrat, daß die Rechnung mit einem baldigen Riesenwirtschaftskrach, besonders mit einem völligen Zusammenbruch der großen Bankinstitute, verfehlt sei und das Ergebnis des Krieges, wenn auch die Einführung einer Reihe Staatsmonopole kaum ausbleiben könne, nicht die sozialistische Wirtschaftsordnung, sondern voraussichtlich eine neue imperialistisch-finanzkapitalistische Entwicklungsphase sein würde, wurde ich mit einem Hagel von Zuschriften überschüttet, die mich fragten, wieviel ich für meine Apologie des Kapitalismus bekäme. Auch »wissenschaftlich« wurde meine Auffassung der wirtschaftlichen Entwicklungsfolge als falsch nachgewiesen,

in der Neuen Zeit sogar höchst eigenhändig von Kautsky in sechs Artikeln. (Jahrgang 1914/15, 2. Band.) Ich habe damals mit zwei Artikeln überschrieben »Illusionen-Kultus« geantwortet, dann aber die Polemik mit den Worten eingestellt: »Der weitere Gang der Entwicklung wird entscheiden, wer recht gehabt hat.«

Nach und nach haben die Kriegsjahre mit ihren bitteren Erfahrungen verschiedene dieser Illusionen und Erwartungen zerstört; die Illusionsneigung selbst dürfte sich aber im ganzen kaum vermindert haben. An die Stelle der zertrümmerten Illusionen sind in unserer Partei andere getreten. Das ist psychologisch erklärlich. Kriegsnot und Nahrungsmangel fanden naturgemäß ihren Ausdruck in allerlei dringenden Besserungswünschen, und dieses Wünschen und Wollen hinderte die nüchternen Erwägung und Werfung der Entwicklungstatsachen; denn die meisten Menschen sehen die Dinge nicht wie sie sind, sondern wie sie sie sehen möchten. Die Fähigkeit, ihre eigenen Wünsche und Hoffnungen ohne Rücksicht auf seelische Schmerzen zu sezieren, geht ihnen meist völlig ab. Das zeigte sich sofort nach der Novemberrevolution. Nun sahen gar viele den sozialistischen »Zukunftsstaat« bereits in aller Hoffnungsschönheit vor ihren Augen entstehen. Zu seiner Aufrichtung bedurfte es ja nur energischen Eingreifens der neuen revolutionären Staatsgewalt in das Wirtschaftsgetriebe, vornehmlich einer schnellen Durchführung der sogenannten »Vollsozialisierung«. Die Zerrüttung des gesamten Wirtschaftsgetriebes, die völlige Abhängigkeit unserer Ernährung vom Belieben der Entente, das Fehlen aller Rohstoffe, die zunehmende Demoralisation und Arbeitsunlust, die inneren Parteikämpfe — alles das bot nach der Ansicht mancher Aucht-Theoretiker durchaus kein Hindernis des schnellen Ausbaus einer sozialistischen Wirtschaftsorganisation — nötig war nur ein festes, zielbewusstes Zugreifen der Staatsgewalt.

Alle Erfahrungen früherer Revolutionen wurden verächtlich beiseite geschoben — auch jene, die Marx nach der Pariser Kommune in der Generalratsadresse der Internationalen Arbeiterassoziation niedergeschrieben hat und die gewissermaßen die Quintessenz seiner Revolutionsstheorie enthält:

»Sie (die Arbeiterklasse) hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluss einzuführen. Sie weiß, daß, um ihre eigene Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigene ökonomische Entwicklung unüberwindlich entgegenstrebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben.«

Es ist die schon vorhin erwähnte Lehre aus der Marxschen »Kritik der politischen Ökonomie«, daß keine Gesellschaftsformation an die Stelle einer früheren tritt, »bevor nicht ihre materiellen Existenzbedingungen im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind«, die hier, bestätigt durch die Erfahrungen der Pariser Kommune, von Marx in verschärfter Fassung vorgelesen wird. Bei unseren Illusionisten hat sie

jedoch, da sie ihren Wünschen entgegensteht, nie Zustimmung gefunden. Im Gegenteil, vielfach wird heute sogar die Ansicht vertreten, daß es für die Überführung der kapitalistischen Wirtschaftsweise in die sozialistische ein Vorteil sei, daß erstere zusammengebrochen ist; denn nun brauche die sozialistische Neuorganisation nicht an historisch gegebenen Verhältnissen und Beziehungen anzuknüpfen, sondern könne die neue Wirtschaft frei nach ihren wohlwollenden Plänen konstruieren. Genau betrachtet, läuft diese Argumentation auf die Ansicht hinaus, eine Periode der Minusproduktion und der Gebundenheit des inneren Wirtschaftslebens eines besiegten Staats durch die kapitalistischen Siegerstaaten biete die günstigste Gelegenheit zum Übergang in die sozialistische Wirtschaftsordnung. Und Politiker, die derartige Behauptungen wagen, nennen sich Marxisten! Sie vergessen nur, daß man Wirtschaftsbetriebe nicht aus Gedanken aufbauen kann, sondern daß es zur Ausführung bestimmter Konstruktionspläne auch bestimmter Arten und Mengen von Konstruktionsmaterialien bedarf, und deshalb die erste Frage sein muß: sind diese zum Neuaufbau erforderlichen Materialien tatsächlich vorhanden? Damit fand man sich jedoch in den ersten Monaten nach der Novemberrevolution durchweg sehr leicht ab, ebenso wie mit der drohenden völligen Abhängigkeit der neuen deutschen Republik von der Entente. Zwar die vor dem Reichszusammenbruch verkündete Mär von den westlichen Demokratien, die, sobald Militarismus und Kaiserismus in Deutschland gebrochen seien, kein Interesse daran hätten, das deutsche Volk zu vergewaltigen, dieser namentlich von den Unabhängigen verbreitete, aber in unseren Reihen vielfach geteilte naive Glaube wurde schon durch das Bekanntwerden der Waffenstillstandsbedingungen abgetan; aber nun hieß es wieder, die eigentlichen Friedensbedingungen würden um so günstiger ausfallen, dafür würde schon der ehrliche Demokrat Wilson sorgen, der das von ihm aufgestellte Friedensprogramm nicht verleugnen könne und dessen Bemühungen überdies sicher durch die Maßnahmen der großen Arbeiterinternationale unterstützt werden würden. Die revolutionäre Gärung habe bereits auch England und Frankreich erfaßt; die Weltrevolution drohe auf diese Länder überzugreifen, und schon diese Gefahr werde die leitenden Staatsmänner in London und Paris bestimmen, den Bogen nicht zu überspannen. Zudem hätte der Völkerbundsgedanke die Nationen in seinen Bann gezogen. Bald werde dieser Bund alle großen Nationen umspannen und zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit vereinen, und in diesem Bund werde sich dann auch die Gelegenheit bieten, etwaige übertriebene Friedensvertragsverpflichtungen zu ermäßigen und mit Unterstützung des Bundes an die Wiederherstellung unseres Handelsverkehrs mit dem Auslande zu gehen.

Schöne Illusionen, die noch vor fünf, sechs Monaten sich, mit rhetorischen Floskeln reichlich gespickt, in einem großen Teil unserer Parteipresse breit machten und von Millionen geglaubt wurden!

Und heute? Die Friedensbedingungen sind härter ausgefallen, als selbst die ärgsten Pessimisten angenommen haben — eine völlige Versklavung des deutschen Volkes, eine Volksknechtung, für die es kein Beispiel in der bisherigen Staatengeschichte gibt, und weder die Internationale noch die französischen und die englischen Sozialisten haben sich zu irgendwelchen auch nur einigermassen wirkungsvollen Profestaktionen veranlaßt

geföhlt. Wer glaubt heute noch an die schönen Verheißungen von dem durch den Völkerbund verbürgten ewigen Frieden, von der Vereinigung der Völker zu friedlichem Zusammenwirken und dem gemeinsamen Schuß der schwachen Nationen durch die leitenden Ententemächte, nachdem sich in den letzten Monaten die Gegensätze zwischen diesen Mächten stetig verschärft, alle gegeneinander intrigierten und der Fiume-Streit Serbien und Italien fast in einen neuen Krieg gestürzt hätte. Nur dann war noch ein gemeinsames Vorgehen der Entente zu erreichen, wenn es sich darum handelte, Deutschland und Deutschösterreich durch neue Zwangsmaßnahmen herabzudrücken und ihnen die Wahrheit des Spruches »Vae victis!« einzuprägen.

Am deutlichsten aber zeigt sich die ganze Illusionsfähigkeit unserer Partei noch immer in ihrer Stellungnahme zum Imperialismus. Daß der Imperialismus, verstanden als die Expansionspolitik des Finanzkapitals, eigentlich am ganzen Weltkrieg schuld sei, ist fast zu einer stehenden gemeinplätlichen Tirade in der internationalen sozialistischen Bewegung geworden; aber daß dieser Imperialismus nichts Zufälliges, keine aus moralischem Defekt der einen oder anderen Nation entspringende Erscheinung, sondern eine wirtschaftsgeschichtlich bedingte Entwicklungsphase des Kapitalismus und als solche eine notwendige Etappe auf dem zum Sozialismus führenden kapitalistischen Entwicklungsweg ist, die nicht durch moralische Entrüstungen und Deklamationen aus der Welt geschafft werden kann, diese Erkenntnis hat sich noch immer nicht durchgesetzt. Als ich sie 1915 gegenüber den nicht aufgehörenden Deklamationen von der Erledigung des Imperialismus in der schon erwähnten Broschüre »Partei-Zusammenbruch?« aussprach, bin ich damit beim herrschenden Vulgärmärzismus schön abgefallen und noch mehr mit meiner Ansicht, das weltwirtschaftliche Ergebnis des Weltkriegs werde wohl die Einführung mancher ganz- und halbsozialistischer Staatsinstitutionen zur Folge haben, nicht aber eine sozialistische Wirtschaftsphase. Vielmehr werde nach dem Kriege eine neue imperialistische Weltwirtschaftsära einsetzen, in der noch mehr als früher der Einfluß des großen Bankkapitals auf die Politik der Staaten zur Geltung kommen würde. Den illusionären Vorstellungen von dem demnächstigen Aufstieg des Sozialismus aus dem kapitalistischen Chaos entsprach diese Annahme freilich recht wenig, und es war aus diesen Vorstellungen heraus ganz konsequent, als nach dem 9. November einige Blätter der Unabhängigen folgerten, nun wäre auch die Prophezeiung von der nach dem Krieg einsetzenden neuen imperialistischen Ära gründlich zusammengebrochen. Nicht eine solche Ära, sondern das Ubergreifen der deutschen und russischen Revolution auf England, Frankreich, Belgien, Italien, die große proletarische Weltrevolution werde die sichere Folge des Weltkriegs sein.

Heute ist sicherlich bei vielen, die damals solchen Glauben teilten, auch diese Illusion geschwunden. Der Imperialismus ist durchaus nicht vernichtet; Deutschland ist nur infolge seiner Niederlage vorläufig aus dem imperialistischen Konzern ausgeschaltet. Dagegen segeln die Sieger im Weltkampf, England, die nordamerikanische Union, Frankreich, Italien, Japan bereits mit geschwellten Segeln in eine neue imperialistische Ära hinein. Der britische

Imperialismus hat sich zunächst Persiens bemächtigt, und mit diesem ist nun auch Afghanistan der großen englischen Interessensphäre einverleibt. Der Rivalitätsstreit, der lange Jahre Persien zu einem Spielball des Interessenkonflikts zwischen England und Rußland machte, ist zugunsten des ersteren entschieden. England hat freie Hand in Westasien und baut sich jetzt die große Länderbrücke zwischen seinem indischen Kolonialbesitz und dem okkupierten Ägypten. Über die arabischen Teile Vorderasiens hinweg bis zur Mündung des Euphrat und Tigris und von dort über Persien, Afghanistan und Belutschistan bis Indien reicht sein Herrschaftsgebiet. Der Persische Golf wird zum britischen Binnenmeer und die Bagdadbahn zur britischen Binnenbahn. Zugleich legt England Beschlagnahme auf Ostafrika und gewinnt damit die Möglichkeit, die geplante Kap-Kairo-Bahn zu bauen. Frankreich erhält Elßaß-Lothringen sowie Syrien und arrondiert vorläufig seinen afrikanischen Besitz durch die Annexion von Kamerun, der wohl bald einige weitere »Angliederungen« folgen dürften. Italien nimmt Südtirol, Istrien und einen Teil der östlich an Venetien grenzenden slawischen Gebiete. Japan erhält Schantung und damit einen weiteren Beitrag zu dem von ihm erstrebten kontinentalen Herrschaftsgebiet am Golf von Tschili und Liaotung. Und die Vereinigten Staaten von Amerika? Sie beanspruchen zunächst keinen neuen Länderbesitz; aber das riesenhaft angeschwollene Yankeekapital dehnt sich inzwischen mit großem Erfolg über Süd- und Zentralamerika aus, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann dieser Kapitalexpansion die friedliche oder gewaltsame Erwerbung beziehungsweise Kubanisierung weiterer »Interessengebiete« in Westindien und Mittelamerika folgen wird.

Diese Weltverteilung en gros ist sicherlich eine recht nette Einteilung zu der neuen imperialistischen Ära, und es gehört schon die ganze Befangenheit unabhängig-sozialdemokratischer Politiker in überlieferten illusionären Vorstellungen dazu, wenn sie angesichts eines solchen imperialistischen Appetits von einer Vernichtung des Imperialismus und einer kommenden Periode des Welt- oder Dauerfriedens träumen.

Befremdender und gefährlicher noch als diese Selbsttäuschungen in bezug auf die Entwicklungsrichtung der Weltpolitik ist die eigenartige Ansicht, die man in sozialistischen Kreisen über unsere Finanzlage, die Möglichkeiten unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der Erfüllung der uns durch den Versailler Friedensvertrag aufgezwungenen Verpflichtungen findet. Weil die Ernährungsverhältnisse in letzter Zeit etwas besser geworden sind, wird von vielen geschlossen, nun seien wir über die schwierigsten Zeiten des wirtschaftlichen Druckes und der Entbehrung hinweg; nach und nach würde sich die Geschäfts- und die Lebenslage des deutschen Volkes immer besser gestalten und wir so wieder in einigermaßen behagliche Wirtschaftsverhältnisse hineinwachsen. Daß das, was heute verzehrt wird, nicht mit Arbeitserträgen bezahlt wird, daß vielmehr heute schon gedankenlos Werte verbraucht werden, die erst noch erarbeitet werden sollen, und daß zudem die Zeit herannahet, wo die Entente die uns aufgezwungenen Schuldverpflichtungen einfordern wird, Verpflichtungen, die wir in unserer Finanzlage selbst bei schärfster Anziehung der Steuerschraube nicht erfüllen können — daran wird nicht gedacht. Der beste Beweis dafür ist, daß fortgesetzt neue sogenannte kultur- und sozialpolitische Pläne ausgeheckt werden, die Milliardensummen erfordern und deren Erfüllung selbst in Zeiten höchster wirt-

schafflicher Prosperität nicht möglich wäre. Es findet geradezu ein Wettrennen auf dem Gebiet der Projektenmacherei statt, als kranke unsere jetzige Zeit nicht an dem Mangel materieller Mittel zur Befriedigung des Nahrungsbedarfs sowie zur Wiederaufnahme der Produktionsstätigkeit und des Verkehrs, sondern nur an dem Mangel an schönen kostspieligen Reformprojekten. Tatsächlich liegt die Sache so, daß auch nicht der zehnte Teil dieser Vorschläge Aussicht auf Verwirklichung hat — ganz einfach, weil die dazu erforderlichen Mittel fehlen. Selbst manche der bereits in der Reichsverfassung oder in Landesgesetzen verankerten Kulturpläne werden sich aus diesem Grunde meines Erachtens nicht durchführen lassen. Das mag manchem recht pessimistisch erscheinen, aber die Finanzgeschichte der nächsten Jahre wird — wir werden es erleben — die Richtigkeit dieser Auffassung bestätigen. Viel wahrscheinlicher als die Verwirklichung all der schönen Sozialisierungs-, Schul- und Kunstreformpläne ist, daß die Entente, sobald wir den uns durch den Friedensvertrag aufgebürdeten Verpflichtungen nicht nachzukommen vermögen, unbekümmert um alle Einsprüche, die gesamte Finanzverwaltung des Reiches wie der Einzelstaaten unter Kuratel stellt und dann die Staatsaufstellungen nach ihrem Belieben korrigiert.

Weg mit den Illusionen! Wir müssen aus der Illusionspolitik heraus! — ebenso heraus, wie aus der einseitigen Agitations- und Oppositionspolitik der Vorkriegszeit, mag auch mancher Ideologe, der noch über neuen schönen Reformprojekten brütet, das recht schmerzlich empfinden; denn in dieser fortgesetzten Neuausbrütung von allerlei unmöglichen und unrealisierbaren Plänen liegt eine ernste Gefahr für unsere weitere politische Entwicklung. Nicht nur, daß dadurch die Aufmerksamkeit von wirklich dringenden, notwendigen Reformen abgelenkt und manche Arbeitskraft unnütz verendet oder in verkehrte Richtung gedrängt wird; es ist auch unausbleiblich, daß die durch solche Projekte erweckten Ansprüche und Hoffnungen, wenn sie ihre Befriedigung nicht finden, in Unklagen gegen die Partei und gegen die Regierung umschlagen. Die Folge werden Mißtrauen gegen die eigene Partei, Angriffe und Verdächtigungen oder zum mindesten politische Resignation sein. Und diese Folgen der Enttäuschung sind, wie die Geschichte aller großen Revolutionen lehrt, schließlich stets einer Gegenrevolution nützlicher gewesen als die eigene Kraft der Reaktion. Schon heute kann man in den Kreisen mancher Arbeiter, vor allem aber der neuerdings zu uns herübergekommenen Intellektuellen, die ihre überspannten Reformansprüche nicht erfüllt sehen, die Worte vernehmen: »Ach, die sozialistische Regierung tut auch nichts; sie ist energielos und scheut sich, durchzugreifen; ihr fehlt der Wille. Mir ist ganz gleich, ob diese Regierung bleibt oder eine andere kommt. Es ist immer daselbe usw.«

Daß die schönen phantastischen Ideale der Betroffenen nicht ihre Verwirklichung finden, liegt natürlich ihrer Meinung nach nicht daran, daß sie unter den bestehenden Umständen gar nicht verwirklichungsfähig sind. Wenn die am Staatsruder Sitzenden nur den ernststen Willen und die nötige Energie hätten, ließe sich nach ihrer Ansicht alles leicht durch entsprechende Dekrete oder Gesetze machen. Aber die Regierenden wollen nicht; nun, da sie die Macht in Händen haben, ist ihnen der Wunsch ihrer einstigen An-

hänger gleichgültig geworden. Solche zunächst zur politischen Abstinenz führende Verstimmung ist der beste Nährboden der Reaktion.

Unserer Parteipresse erwächst daher die Aufgabe, dem noch immer in unseren Reihen herrschenden Illusionenkultus und der Projektfabrikation energisch entgegenzutreten. Wir müssen umlernen; weit gründlicher als bisher. Wir müssen Realpolitik treiben. Das heißt nicht Augenblickspolitik, die nur das Heute sieht und daraus ihre Folgerungen zieht. Wirkliche Realpolitik erfordert nicht nur eine kritische, nüchterne Betrachtung der Gegenwartszustände und ihrer historischen Bedingtheit, sondern auch der sich aus der Gegenwart ergebenden weiteren Entwicklungsrichtung und deren Wertung in der eigenen politischen Zweck- und Zielsetzung. Das Wort: »Wir bleiben, was wir immer gewesen sind!« ist unter den heutigen Umständen eine gedankenlose Beschwichtigungssphäre. Wir können nicht alte Parteianschauungen und Illusionen konservieren, während sich um uns herum als Folge eines ungeheuren Weltkriegs eine Riesenumwälzung aller sozialen Lebensverhältnisse vollzieht. Ein Steckenbleiben in alten Auffassungen und Illusionen bedeutet in solchem Falle nichts anderes als geistige Erstarrung und Verfall. Nicht daß unsere Partei während der Kriegsjahre umgelernt hat, ist, wie ihr von vulgärmarxistischen Theoretikern vorgeworfen wird, ihr größter Fehler, sondern daß sie nicht genügend umgelernt hat. Sie hat in dieser Hinsicht viel nachzuholen, manche ihrer Illusionen müssen noch fallen. Geschieht das nicht rechtzeitig, werden später bittere Erfahrungen dazu zwingen — dann aber unter herben Schicksalschlägen.

Landwirtschaftliche Zeitfragen

(Fortsetzung)

3. Der Einfluß der Betriebsgröße auf die landwirtschaftliche Produktion

In seinem in der letzten Nummer der Neuen Zeit erwähnten Aufsatz über die »Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege« kommt Unterstaatssekretär v. Braun auch auf die Bedeutung der Betriebsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe für ihre Leistungsfähigkeit zu sprechen. Er schreibt:

Eine für die Ertragssteigerung besonders wichtige Frage ist die Betriebsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe, die sich in Deutschland nach rein zufälligen Einflüssen entwickelt hat. Die Bestrebungen, möglichst große Mengen der städtischen Bevölkerung auf dem Land anzusiedeln und zu diesem Zweck den Großgrundbesitz zu zerschlagen, entspringen mehr einem Gefühlsmoment als verstandesmäßigen Erwägungen. Die Sehnsucht nach der eigenen Scholle ist in der deutschen Bevölkerung immer stark gewesen und hat sich durch die trüben Erfahrungen der Kriegszeit für die Ernährung der städtischen Bevölkerung naturgemäß sehr gesteigert. Ihre Durchführung würde aber im allgemeinen nicht, wie vielfach angenommen wird, zu einer Steigerung der Bodenerträge führen, sondern die Ernährung der städtischen Bevölkerung immer mehr erschweren; denn der Kleingrundbesitz bedeutet keine Verbesserung für die Allgemeinheit, sondern nur für die Besitzer selbst.

An diesen im allgemeinen zutreffenden Ausführungen ist sicherlich nicht richtig, daß sich die Betriebsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland nur nach zufälligen Einflüssen entwickelt hat. Denn die heutige Art der Besitzverteilung in der deutschen Landwirtschaft ist in ihrer Ent-